

Solidarität mit den Demonstrant_innen in der Ukraine

In der Ukraine setzen sich die Demonstrationen gegen den Kurs der Regierung Wiktor Janukowitsch auch in dieser Woche fort. Aus vereinzelt Kundgebungen in Kiew ist seit dem vergangenen November ein Massenprotest geworden, der sich auf alle Regionen der Ukraine übertragen hat.

Die blutigen Auseinandersetzungen aufgrund des besonders harten Vorgehens der ukrainischen Polizei sind der bisherige traurige Höhepunkt der Konflikte mit schätzungsweise 4 Toten.

Die Jusos Leipzig erklären sich solidarisch mit den Demonstrant_innen auf den Straßen der Ukraine, die für Freiheit, Partizipation und transparente Prozesse auf Regierungsebene kämpfen.

„Am größten ist im Moment doch die Gefahr einer sich entwickelnden Gewaltspirale“ sagt der Leipziger Juso-Vorsitzende Frank Franke. „Auch wenn der Ministerpräsident Mykola Asarow am gestrigen Dienstag seinen Rücktritt erklärt hat, gibt es doch noch immer keine zielführenden Verhandlungen auf Augenhöhe“ so Franke weiter.

Auslöser für die Massenproteste war die Ablehnung der ukrainischen Regierung das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen und sich wirtschaftlich wieder näher an Russland anzunähern. Auch hier wird deutlich: Eine Regierung sollte nicht selbstständig handeln und solche richtungsweisenden Entscheidungen allein treffen. Die Partizipation der Bürger_innen gehört zu einem demokratischen Prozess.

Ein erster Schritt hin zu einer Lösung ist die jüngste Rücknahme des umstrittenen Demonstrationsverbots durch das Parlament, aber die Grundfragen der Regierungskritiker_innen sind damit noch nicht beantwortet.

Bei zu wenig Bereitschaft der ukrainischen Regierung, einen friedlichen Kompromiss zu finden, sehen wir als Jusos eine große Gefahr, dass die Wut der Regierungsgegner_innen von nationalistischen Gruppierungen gebündelt werden kann. Denn die Rufe, die auf dem Majdan mehr und mehr zu hören sind, sind nicht Forderungen nach mehr Demokratie oder Transparenz, sondern entwickeln sich zu nationalistischen Parolen.

Eine friedliche Lösung des Konflikts ist nur dann möglich, wenn die Gewalt gegen die Demonstrant_innen ein Ende findet und die geforderten Verfassungsänderungen umgesetzt werden. Der Rücktritt Janukowitschs scheint dabei als eine der Kernforderungen der Opposition unumgänglich, um die Bevölkerung zu befrieden.